



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Entschädigungsregelung im Falle des Einkommensverlustes durch staatliche Einschränkungen verbessern

Aktuell seit 21.07.2026 15:09:21

Angegeben von:

Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) (R003523) am 14.06.2024

Beschreibung:

Während der Coronapandemie und der daraus resultierenden Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung mussten viele Solo-/Selbstständige und Freiberufler den Geschäftsbetrieb einstellen, ohne dass ein Berufsverbot galt. Dadurch kamen sehr viele, gerade kleine und Kleinstunternehmen - darunter insbesondere Dolmetscher - in existenzielle Notlagen. Das Entwickeln und Aufbauen von finanziellen Hilfsmaßnahmen war langwierig und für viele sehr unklar. Hier muss eine Regelung im Infektionsschutzgesetz vorgesehen werden, die im Falle des Wiederauftretens einer vergleichbaren Situation eine klare Regelung der Entschädigung für den Eingriff in den Betriebsablauf dieser Unternehmen bereitstellt.

Betroffene Interessenbereiche (8)

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Solo-/Selbstständige

Betroffene Bundesgesetze (1)

IfSG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **SG2607210028** (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 21.07.2026 an:

Bundestag

Organe [alle SG dorthin]